

1078 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XXVII. GP

Bericht des Unterrichtsausschusses

über den Antrag 1786/A(E) der Abgeordneten Mag. Martina Künsberg Sarre, Kolleginnen und Kollegen betreffend Multiprofessionelles Unterstützungspersonal für Schulen

Die Abgeordneten Mag. Martina **Künsberg Sarre**, Kolleginnen und Kollegen haben den gegenständlichen Entschließungsantrag am 7. Juli 2021 im Nationalrat eingebracht und wie folgt begründet:

„ Das Schuljahr 2020/2021 war geprägt von mehrfachen Schulloekdowns, langen Distance-Learning Phasen und Schichtbetrieb an Österreichs Schulen. Eine stark herausfordernde Situation für alle Kinder, Jugendlichen und Familien. Dazu kam der Verlust von sozialen Kontakten in der Schule, die besonders für die soziale Entwicklung von Kindern und Jugendlichen unerlässlich sind, zudem entstanden in vielen Familien auch innerfamiliären Spannungen durch die Unvereinbarkeit von elterlichem Homeoffice und beruflichem Stress zusammen mit der Anforderung, Kinder zu Hause zu betreuen und zu unterrichten. Viele Familien, Kinder und Jugendliche sind in dieser Zeit an ihre psychische Belastungsgrenze gekommen und waren tief erschöpft. Die Folge war eine starke Zunahme von psychischen Belastungen aus dem gesamten Spektrum wie Depressionen, Ängsten, Zwangsstörungen und Verhaltensstörungen. Dabei litten zum einen Kinder und Jugendliche, die schon vor der Pandemie mit einer psychischen Störung zu kämpfen hatten und deren Lage sich häufig sehr verschlechtert hat. Zum anderen gab es auch viele Kinder und Jugendliche, die vor der Krise psychisch gesund waren, aber in der Zeit der Pandemie, vor allem als Folge der Isolation während der Lockdowns in dieser Zeit, psychisch krank geworden sind.

Wie auch eine Studie der Donau-Universität Krems aufgezeigt hat, leidet rund ein Viertel der österreichischen Bevölkerung an depressiven Symptomen, 23 Prozent an Angstsymptomen und 18 Prozent an Schlafstörungen. Besonders gravierend sind die Ergebnisse bei jungen Menschen zwischen 18 und 24 Jahren, hier kam es zu einem sprunghaften Anstieg von rund 30 Prozent auf 50 Prozent.

In Österreich stehen für 1,1 Mio. Schüler_innen gerade einmal 181 Schulpsychologinnen und Schulpsychologen zur Verfügung, die neben den Kindern auch Eltern, Lehrer_innen oder Schulaufsicht beraten. Das ergab die Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage der NEOS durch den Bildungsminister. Daraufhin folgte die Ankündigung einer geplanten Aufstockung um 20 Prozent ab Herbst 2021 und zwar für vorerst ein Jahr, wie es aus dem Ministerium hieß. Bei Bedarf wäre auch eine Verlängerung möglich. Und ganz generell sollten künftig vermehrt auch andere psychosoziale Unterstützungskräfte wie Sozialarbeiter_innen oder Sozialpädagog_innen zum Einsatz kommen. Entsprechende Konzepte würden mit den Ländern abgestimmt, wurde in der Anfragebeantwortung angekündigt.

Im Regierungsprogramm ist grundsätzlich eine bedarfsgerechte Aufstockung von Unterstützungspersonal (administrativ und psychosozial) vorgesehen. Diese ist angesichts der Herausforderungen und Folgen der Pandemie jetzt dringender denn je.

Laut einem Bericht der FAZ vom 05. Februar 2021 gab es 23 Prozent mehr Fälle von Gewalt an Kindern in der Gewaltambulanz der Charité im ersten Halbjahr 2020 sowie 31 Prozent mehr Online-Beratungen beim Kinder- und Jugendtelefon der „Nummer gegen Kummer“ im Jahr 2020. Mit durchgängigem Präsenzunterricht ab Herbst 2021 werden auch Themen wie Mobbing, Einschüchterung und andere

Formen von verbalen und körperlichen Gewaltakten zurück auf die Liste der täglichen Herausforderungen im Schulbetrieb kommen, verstärkt in den städtischen Ballungsräumen. Es ist nicht Kernaufgabe der Pädagog_innen, Gewaltprobleme an Schulen ursächlich zu lösen. Was Schulen für ein funktionierendes Miteinander und einen gelingenden Unterricht brauchen, ist nachhaltige, multiprofessionelle Unterstützung durch Schulsozialarbeit, Schulpsychologie und Schulärzt_innen.

Die Herausforderungen in der Krisenbewältigung sind zweifellos groß und umfassend. Sie erfordern daher umso entschlosseneres Handeln und das rasche Ergreifen der richtigen Maßnahmen durch die Politik.“

Der Unterrichtsausschuss hat den gegenständlichen Entschließungsantrag in seiner Sitzung am 5. Oktober 2021 in Verhandlung genommen. An der Debatte beteiligten sich außer der Berichterstatterin Abgeordneten Mag. Martina **Künsberg Sarre** die Abgeordneten Petra **Vorderwinkler**, Hermann **Brückl**, MA, Mag. Yannick **Shetty**, MMMag. Gertraud **Salzmann**, Mag. Sibylle **Hamann** sowie Nurten **Yilmaz**.

Bei der Abstimmung fand der gegenständliche Entschließungsantrag der Abgeordneten Mag. Martina **Künsberg Sarre**, Kolleginnen und Kollegen nicht die Zustimmung der Ausschussmehrheit (**für den Antrag**: S, N, **dagegen**: V, F, G).

Zur Berichterstatterin für den Nationalrat wurde Abgeordnete MMMag. Gertraud **Salzmann** gewählt.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Unterrichtsausschuss somit den **Antrag**, der Nationalrat wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

Wien, 2021 10 05

MMMag. Gertraud Salzmann

Berichterstatterin

Mag. Dr. Rudolf Taschner

Obmann

